

Zehn Jahre staatlich legalisierter Massenmord an Straßenhunden

Vorgetäuschter Aktionismus ohne nachhaltigen Effekt

Im September dieses Jahres jährt sich die Einführung des Tötungsgesetzes 258/2013 (Legea „Ionut“ 258) in Rumänien zum zehnten Mal. Damals wurde das Gesetz quasi über Nacht durch die politischen Instanzen gebracht. Zum Anlass dafür diente ein Vorfall, bei dem der 4-jährige Ionut Anghel totgebissen wurde. Obwohl es nachweislich keine Straßenhunde waren, wurden sie zum Sündenbock generalisiert und von da an im ganzen Land systematisch und behördlich genehmigt getötet. Schon vor diesem Vorfall hatte Rumänien ein Straßenhundeproblem und löste dies mit wiederholten, barbarischen Tötungsaktionen. Nicht zuletzt war dies der Grund, warum die Gründungsmitglieder der Tierhilfe Hoffnung e. V. im Jahr 2000 in die Stadt Pitesti im Landkreis Arges kamen.

Mit der Übernahme der dortigen Smeura, einer alten Fuchsfarm, wuchs die Hoffnung, etwas an dem großen Leid der Hunde in Rumänien verändern zu können. Und die Zahlen sprachen für sich: Bis zum Jahr 2013 konnten wir die Straßenhundepopulation im Landkreis mit Hilfe von TNVR (Einfangen, Kastrieren, Impfen, Wiederfreilassen) von über 30.000 auf 4.000 Tiere minimieren. Eingerichtete Futterstellen gaben den Hunden Versorgungssicherheit – eine humane Lösung des Straßenhundemanagements.

Mit dem Tötungsgesetz wurde all das zunichte gemacht. Die Hunde nach der Kastration wieder freizulassen, war plötzlich nicht mehr möglich – der traurige Grund für die heute 6.000 Schützlinge in unserem Tierheim. Und auf den Straßen hat sich nichts verändert. Unkastrierte Tiere vermehren sich unkontrolliert und exponentiell. Sie leben voller Entbehrung und Gefahren, nicht zuletzt durch die für sie lebensgefährlichen Tötungsstationen im ganzen Land.

Versuche, die Situation auf politischer Ebene zu verändern, scheiterten immer wieder. So leider auch der Gesetzesentwurf von Adrian Giurgiu (Abgeordneter der Oppositionspartei Allianz 2020 USR PLUS). Wir berichteten in unserem Heft „Das kleine Licht“, Ausgabe 50 von seinem Engagement für die Straßenhunde. Trotz der eklatanten Beweislage scheint ein Umdenken nicht gewollt. Oder doch?

Ein weiterer Vorfall Anfang 2023, bei dem eine junge Frau ihr Leben verlor, fachte die Diskussion über Straßenhunde im Land erneut an. Wieder mysteriöse Umstände, wieder keine klaren Fakten und Medien - auch hier in Deutschland - die unreflektiert Straßenhunde als Sündenböcke generalisierten. In großer Sorge vor einer weiteren Verschlechterung der Lage, sahen wir uns zu einer Stellungnahme veranlasst.

Diese finden Sie, liebe Freunde und Unterstützer, auf unserer Website unter der Rubrik „Auf dem Laufenden bleiben“ oder über den beigefügten QR-Code.



Daraufhin formierten sich Arbeitsgruppen mit Teilnehmern aus dem international tätigen Tierschutz und auch einigen Abgeordneten. Wir alle haben das eine Ziel: Die furchtbare und fast aussichtslose Situation der Hunde zu verändern. Es zeigt, auch die Politik ist ein Stück weit unter Druck geraten. Wenn auch in äußerst kleinen Schritten, wir bleiben dran und versuchen auf allen politischen Ebenen Impulse zu setzen.

Damals wie heute fordern wir, die Tötungsstationen in Kastrationszentren® umzuwandeln und das im Jahr 2014 novellierte Gesetz 258 Artikel 13.2 („Kastrationsgesetz“) endlich infrastrukturell umzusetzen. Nur so können wir an das erfolgreiche Minimieren der Straßenhundepopulation vor dem Jahr 2013 anknüpfen und für die Hunde auf der Straße wirklich etwas verändern.



“ Mitleid ohne Hilfe ist Töten.